

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

No 16.

Diese Zeitung erscheint alle vierzehn Tage Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 65 Pf. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6175.

Hannover,
Sonnabend, 11. August 1900.

Inserate kosten pro 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf. Offertenannahme 10 Pf. Redaktion: Leinstr. 31. Verlag: Nikolaisstr. 46.

9. Jahrg.

Zur Beachtung!

Die Kosten, welche der Verbandstag verursacht, werden durch eine jährliche Extrasteuer von 10 Pfg. pro Mitglied aufgebracht, und ist diese im Monat August zu entrichten. Die Bevollmächtigten, Hilfskassierer und Kollegen werden daher ersucht, dahin zu wirken, daß sich kein Mitglied der Leistung der Extrasteuer entzieht. Wo die Extramarken zur Reize gegangen, wolle man solche bestellen.

Den Bevollmächtigten bringen wir hiermit in Erinnerung, daß alle Anträge, die an den Vorstand gerichtet werden und Geldbewilligungen bezwecken sollen, mit dem Zahlstellenstempel versehen und von den Bevollmächtigten und Revisoren unterschrieben sein müssen. An Orten, wo die Leitung in die Hände eines Vertrauensmannes gelegt ist, müssen einige Mitglieder derartige Anträge unterschreiben. Bei Anträgen auf Unterstützung von Mitgliedern empfiehlt es sich sehr, die Dauer der Mitgliedschaft gleich anzugeben. Bei Anträgen auf Gewährung von Umzugsgeld ist stets das Mitgliedsbuch mit einzusenden.

Die Abrechnungen und Geldsendungen sind an Fr. Bruns, Leinstr. 31, 3. St., zu richten. Bei den Geldsendungen ist anzugeben, wofür sie zu verrechnen sind.

Den Abrechnungen sind die Rechnungen von dem im Laufe des zu verrechnenden Quartals gesandten Material mit beizulegen.

Die Bevollmächtigten einer jeden Zahlstelle und die Vertrauensmänner haben nach Ablauf eines jeden Quartals binnen vierzehn Tagen unter Hinzuziehung der Revisoren eine Kassenabrechnung vorzunehmen. Der Vorstand ist verpflichtet, wenn die Abrechnung einer Zahlstelle innerhalb vier Wochen nicht erfolgt, aus einer benachbarten Zahlstelle eine vertrauenswürdige Person zur Revision zu entsenden.

Von den Einnahmen aus den Wochenbeiträgen können bis 33% Prozent in den Zahlstellen zu Lokal- ausgaben verwendet werden.

Eintrittsgeld und Extrasteuer-Einnahmen und die Beiträge für den Streifonds sind voll einzusenden.

Sämtliche Gelder (nach Abzug der 33% Prozent) sind nebst Abrechnung an den Kassierer einzusenden, und zwar innerhalb acht Tagen nach der Quartalsabrechnung.

Der erste Bevollmächtigte ist verpflichtet, sich von der Absendung des Geldes an den Kassierer zu überzeugen, indem er sich den Posteinlieferungsschein von dem zweiten Bevollmächtigten vorzeigen läßt.

Mit kollegialischem Gruß

August Breh.

Nach zehn Jahren.

Wenn unsere Kollegen diese Zeilen zu Gesicht bekommen, hat der 5. Verbandstag seine Arbeiten bereits begonnen. Die Kolleginnen und Kollegen Deutschlands haben durch die in so großer Zahl dem Verbandstage unterbreiteten Anträge diesem eine große Arbeit auferlegt, ihm die Richtschnur gegeben, welche bei dem Ausbau der Organisation zu beachten ist. Die gewählten Kollegen, davon sind wir überzeugt, werden das in sie gesetzte Vertrauen rechtfertigen, die ihnen gewordene Aufgabe zum Besten der Organisation lösen.

Der diesjährige Verbandstag hat eine ganz besondere Bedeutung dadurch, daß die Organisation an diesen Tagen das Alter von 10 Jahren erreicht. Zehn Jahre liegen hinter uns! Die meisten davon waren Sturm- und Drangjahre, ausgefüllt von dem Ringen für den Bestand der Organisation, der mühseligen Bedienung, um den Boden für ihr Wachstum lockerer zu machen; Jahre des Kampfes, um den Ausnutzern der Arbeitskraft eine etwas bessere Bezahlung abzurufen; Jahre des Kampfes mit den Behörden, die in Preußen sowohl als in Sachsen, in Braunschweig sogar wie in Schwarzburg-Sondershausen, oder in einem z-beliebigen anderen Bundesstaate gleichsam die Rolle des „Mitters St. Georg“ übernahmen, um den Drachen Organisation zu tödten. Der von ihnen gewünschte Erfolg blieb aus. Arbeiterorganisationen werden es gewohnt, keine Zeit der Ruhe und Behäbigkeit durchzumachen, sie würde ihnen auch kaum frommen, ihrer Entwicklung eher hinderlich als förderlich sein. Das Kämpfen und Ringen ist Lebenselement der Arbeiter-

organisationen. Ein gut Theil davon war uns in den zehn Jahren beschieden. Und wenn wir unsere Gedanken zurückschweifen lassen in die lange Spanne Zeit, so wird es uns zum Bewußtsein: gar manche Schlacht ist uns angeboten, aufgezungen worden, die Organisation hat sie nicht nur in Ehren bestanden, sie hat sich dabei gedehnt und gereicht, und ist stärker und größer geworden.

Auf einem vom 29. Juni bis 2. Juli 1890 tagenden Kongreß aller „nicht gewerblichen“ Arbeiter Deutschlands gegründet, hatte die Organisation sofort mit Schwierigkeiten zu kämpfen, ihre Geburtsstunde fiel in die Zeit der wirtschaftlichen Depression, in welcher das Scharfmacherthum in Deutschland die Selbsthilfe organisierte, mit seinen schwarzen Listen und Auszehrungsversuchen eine wahre Schreckensherrschaft etablierte, Alles mit seiner Verfolgungsmuth bedachte, was nur irgend geeignet erschien, den Arbeitern etwas Nüchhalt gegeben die Willkür der Unternehmerstippe zu bieten. Daß unsere Organisation eine solche Zeit überdauerte, beweist, daß Kräfte in ihr thätig waren, jäh und ausdauernd, bereit, gegen alle Widermächtigkeiten anzugehen. Allerdings, groß war die Zahl dieser Kräfte nicht. Die erste Quartalsabrechnung weist 21 Zahlstellen auf! (Davon besitzen wir heute noch acht!) Die Einnahme bezifferte sich auf 1291 Mark. Davon waren 800 Mk. von der Zahlstelle Garburg dem Verbands überwiehen worden! Die Ausgabe belief sich auf 626 Mk. 95 Pf., davon 364 Mk. für Druck und Einband der ersten Statuten. Mit einem Kassenbestand von 664 Mk. 05 Pf. wurde das 2. Quartal kalendermäßig, das letzte, im Jahre 1890 begonnen. Auf dem ersten Verbandstag zu Braunschweig wurde berichtet, daß die Gesamteinnahmen 10,476 Mk. 26 Pf. betragen, die Ausgaben waren 7852 Mk. 30 Pf., mithin ein Bestand von 2663 Mk. 96 Pf. Eine gar kleine Schaar von Vertretern hatte sich auf diesem Verbandstag eingefunden. Zehn Delegirte!

Bis zu diesem Zeitpunkt hatte unsere Organisation noch kein Preßorgan. Für unsere Publikationen genossen wir Gaffreundschaft bei dem Organ des Vereins der Berliner Hausdiener, der „Einigkeit“. Der Verbandstag zu Braunschweig beschloß die Herausgabe eines eigenen Organs. Der „Proletarier“ wurde gegründet, am 1. Oktober des Jahres 1892 erschien dessen erste Nummer.

Die Herausgabe des Organes wird es wesentlich mit verursacht haben, daß nunmehr die Gewinnung von Mitgliedern sich in einem rascheren Tempo vollzog. Im Jahre 1894 war wenigstens eine Verdoppelung der Mitgliederzahl zu verzeichnen, während die Anzahl der Zahlstellen stabil geblieben war. Von diesem Jahre ab gewinnt der Verband auch bezüglich der Zahlstellen eine größere Ausdehnung und nimmt, wie folgende Zahlen beweisen, eine günstigere Entwicklung.

Zahlstellen und Orte mit Einzelmitgliedern	Mitgliederzahl	Reiseunterstützung	Sonstige und Streikunterstützung	Rechtschutz	Agitation	Umzugsgeld
1892	42	2 460	352,43	553,50	74,61	674,05
1894	42	5 365	1233,26	1385,30	147,60	595,78
1896	87	8 107	5921,17	4163,31	432,26	852,70
1898	156	14 603	7826,36	38 065,74	1269,01	1280,—

Von Verbandstag zu Verbandstag ist eine bedeutende Vermehrung der Mitglieder und der Summen, welche im Interesse der Mitglieder verwandt wurden, zu konstatieren.

Nun fordern wiederum die Abgeordneten zum Verbandstag Rechenschaft über die Errungenschaften und das Vorwärtsschreiten der Organisation in den letzten zwei Jahren! Die Sonde der Kritik wird angelegt, die Frage: Entspricht das Errungene den Erwartungen? wird gestellt! Wir glauben, unzufrieden brauchen wir über den Abschluß nicht zu sein.

Die Verbandsorte haben sich bis zum 1. April d. J. um die Zahl von 103 vermehrt. Die Mitgliederzahl ist um 14 909 gestiegen, hat die Zahl 29 512 erreicht. Das ist eine Zunahme von 100 Prozent.

Dabei sind natürlich auch die Leistungen des Verbandes nicht zurückgeblieben, oder stabil geblieben, sondern haben sich vermehrt. Die vom Verbandstag zu Kasse beschlossene Unterstützung der Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder ist in 42 Fällen zur Auszahlung gekommen und hat gewiß über manche finanzielle Klemme hinweggeholfen. Es wurden 1300 Mark Sterbeunterstützung bezahlt.

Der Posten Umzugsgeld ist angewachsen von 1904 Mark, die bis 1. April 1898 zur Auszahlung gekommen waren, auf 5188 Mark 32 Pf. Diese Ausgaben sind für die Kollegen eine Hilfe von wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung. Sie lagen zur Bestreitung der Umzugskosten bei und stärkten unsere Kollegen in dem Gefühle, daß sie nicht ganz und gar den Ausbeutern auf Gnade und Ungnade überliefert sind, sondern daß es noch ein Mittel giebt, das ihnen die Auffindung einer anderen Existenz, einer anderen Arbeitsgelegenheit erleichtert. Dasselbe ist bei der Reiseunterstützung der Fall, diese erscheint in einem Posten von 5976 Mark 98 Pf. Auch für Rechtschutz sind 1848 Mark 33 Pf. verwandt und die Kollegen damit in den Stand gesetzt worden, gegen Unrecht sich wehren und verteidigen zu können. Die aus der Verbandskasse geleistete Unterstützung für streikende Kolleginnen und Kollegen betrug 41401 Mark 68 Pf.

Von den im Jahre 1898 ausgebrochenen Arbeitseinstellungen endeten 6 vollständig siegreich, 5 durch Vergleich theilweise siegreich, zwei mit einer Niederlage. Im Jahre 1899 waren unsere Kollegen an 19 selbstständigen Arbeitseinstellungen beteiligt. Von diesen Arbeitseinstellungen verliefen 11 mit vollem Erfolg, theilweise mit Erfolg 2 und erfolglos 6. Daneben waren unsere Kollegen noch durch zahlreiche Streiks anderer Organisationen in Mitleidenschaft gezogen, fast ebenso oft sind durch Verhandlungen, die nur kraft der Organisation von Erfolg waren, die Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Kollegen verbessert worden.

Zur besseren Veranschaulichung des finanziellen Fortschritts unserer Organisation sehen wir die Gesamteinnahme und -Ausgabe der letzten vier Jahre zum Vergleich nebeneinander:

	1898	1900
Gesamteinnahme:	162 071,23 Mk.	330 946,89 Mk.
Gesamtausgabe:	140 154,07 Mk.	235 720,85 Mk.

Wenn wir diese Zahlen in Vergleich bringen mit denen, welche dem Verbandstag zu Braunschweig in der Abrechnung vorgelegt worden sind, dann bekommen wir ein Bild von dem Wachsen unserer Organisation, dann erhalten wir die Bestätigung, daß es vorwärts gegangen ist.

Trotz der Wuth unserer Gegner;
Trotz der Haltung der Behörden;
Trotz des Indifferentismus unserer Kollegen;
Trotz aller Hindernisse!
Daß es auch in Zukunft vorwärts geht, dafür zu sorgen ist Aufgabe des Verbandstages.

Ein Glück auf! zu förderlichem Schaffen dem fünften Verbandstag.

Das Zuckerkartell.

Nach langjährigem Bemühen ist es gelungen, über 98 Prozent sämtlicher deutschen Zuckerproduzenten zum Beitritt zu dem geplanten Zuckerkartell zu bewegen, dessen formelle Konstituierung in Folge dessen vor kurzem stattgefunden hat und das am 1. Juni 1900 seine Thätigkeit begann und auf fünf Jahre Gültigkeit hat. Die Bemühungen um ein Zusammengehen der deutschen Zuckerfabriken tauchten zuerst in der Mitte der 80er Jahre auf. Sie hatten auch insofern halb einen Erfolg, als sich darauf ein Verein der deutschen Raffineure bildete. Aber schwieriger war es, eine Vereinigung bei den Rohzuckerfabrikanten zu Stande zu bringen. Man hatte zunächst die Bildung einer Zuckerbank geplant, zum Zweck des gemeinschaftlichen Verkaufs des gesammten Rohzuckers. Aber diese Bestrebungen scheiterten namentlich an dem Widerstreben der häuerlichen Zuckerfabriken, deren Vorstände sich das Recht, ihren Zucker selbst zu verkaufen, nicht nehmen lassen wollten.

Aber dem Drange der Raffineure, von denen Viele zugleich selbst Rübenbau und Hochzuckerfabrikation betrieben, und die deshalb auch die Nothwendigkeit eines gemeinschaftlichen Vorgehens aller Fabrikanten am meisten fühlten, gelang es, immer mehr Fabrikanten zum Zusammenschluß zu bewegen. So wurde 1894 neben dem Verein der Raffineure ein deutsches Zuckersyndikat als Gesellschaft mit beschränkter Haftung gebildet. Den vereinten Bemühungen dieser Vereinigungen ist es dann gelungen, fast sämtliche deutschen Zuckerfabrikanten zum Beitritt zu dem geplanten Kartell zu bewegen. Dieses stützt sich namentlich auf die Erhöhung des Eingangszollses für Zucker von 36 Mk. auf 40 Mk. pro 100 Kilogramm, eine Erhöhung, die es

den inländischen Fabrikanten ermöglicht, ihre Preise gemeinschaftlich soweit zu erhöhen, als dabei eine Konkurrenz des Auslandes noch nicht möglich ist.

Nach den Vorschlägen des Geschäftsführers des Rohzucker-Syndikates, Dr. Hager, hatte man für den raffinierten und im Inlande konsumierten Rohzucker einen Normalpreis von 12,75 Mk. pro Zentner festgesetzt, und die Differenz zwischen diesem Normalpreis und der Magdeburger Durchschnittsnote sollten die Raffineure verpflichtet sein, an die Kasse der Rohzuckerfabrikanten zu zahlen. Als dieser Vorschlag noch nicht genügend Anklang bei den Rohzuckerfabrikanten fand, verstanden sich die Raffineure noch dazu, der Differenz zwischen dem Normalpreis von 12,75 Mk. und der Magdeburger Durchschnittsnote noch 10 Prozent derselben zuzufügen. War also die Magdeburger Durchschnittsnote 10 Mk., wobei diese Differenz 2,75 Mk. beträgt, so sollte dieser Betrag noch um einen Zuschlag von 10 Prozent, also um 27 1/2 Pfg., erhöht werden, also im Ganzen pro 50 Kilogramm Rohzucker 3,02 1/2 Mk. an die Kasse der Rohzuckerfabrikanten abgeführt werden. Diese bis zum Jahresabschluss angefallenen Beträge sollten dann nach Abzug der Verwaltungs- und Agitationskosten nach Maßgabe des staatlichen Steuerkontingents pro 1900/1901 für die sämtlichen Rohzuckerfabriken unter die einzelnen dieser Fabriken verteilt werden.

Dieses weitere Zugeständnis führte dann auch die bis dahin noch widerstrebenden Rohzuckerfabriken fast sämtlich dem Kartell zu, so daß demselben jetzt ca. 400 Rohzuckerfabriken und 50 Raffinerien angehören. Bei der deutschen Jahresproduktion an Rohzucker in den letzten Jahren von ca. 38 Millionen Zentnern und einem Inlandkonsum von ca. 15 Millionen Zentnern stellt sich hiernach bei der gegenwärtigen Magdeburger Durchschnittsnote von 10,75 Mark der von den Raffineuren für jeden Zentner im Inlande raffinierten und konsumierten Rohzucker zu zahlende Betrag auf 2,20 Mk., also auf 15 Millionen Zentner 33 000 000 Mk., die, auf 38 Millionen Zentner Gesamtproduktion verteilt, pro Zentner 86 Pfg. Zuschlag ergeben. In diesem Falle erhalten also die Rohzuckerfabrikanten pro Zentner 11,61 Mk. Man sieht, je niedriger der Marktpreis ist, desto höher ist der den Rohzuckerfabriken gesicherte Kartellnutzen, und umgekehrt. Nur in dem Falle, daß der Marktpreis für Rohzucker unter 9,35 Mk. sinkt, zahlen die Raffineure nicht mehr als 3,40 Mk. (Differenz zwischen 9,35 Mk. und 12,75 Mk.) an die Rohzuckerfabrikanten.

Was die Raffineure betrifft, so erhalten diese für ihre Konsumware einen Kartellgewinn von 50 Pfg. pro Zentner Raffinade. Für Raffinade werden in Folge dessen die Preise in Zukunft nicht großen Schwankungen unterworfen sein. Sie unterliegen der monatlichen Festsetzung durch das Raffineursyndikat, welches neben dem fixierten

Normalpreise für Rohzucker	12,75 Mk.
für Spanne (Fabrikationskosten, Frachten u. s. w.)	4,—
für staatliche Konsumsteuer	10,—
für Kartellnutzen der Raffineure	0,50
	27,25 Mk.

rechnet, diesen Preis aber auch auf 29,25 Mk. erhöhen kann. Allerdings will es im ersten Jahr von dieser Erhöhung nur 50 Proz. und im zweiten Jahre nur 75 Proz. eintreten lassen, in den drei letzten Jahren der Gültigkeit des Kartells aber event. die ganze Erhöhung zur Anwendung bringen. Auf diese Weise ist sowohl den Rohzuckerfabrikanten wie den Raffineuren durch das Kartell ein bedeutender Mehrgewinn gesichert.

Was wird die Wirkung dieses Kartells für die Zuckerkonumenten sein? Für die ausländischen Konsumenten wird es wohl ohne Einfluß bleiben, da für diese der Zuckerpreis auf dem internationalen Markte festgesetzt wird. Um so empfindlicher wird es die inländischen Konsumenten treffen. Die Geschäftsführer des Kartells geben selbst zu, daß der Detailpreis durch dasselbe gegenüber dem bisherigen Preise pro Pfund Raffinade um ca. 3 Pfg. erhöht wird; aber diese Erhöhung, erklären sie, sei eine so mäßige und angemessene, und belaste die Konsumenten gar nicht fühlbar. Man nehme mir einmal an, daß die Preissteigerung pro Pfund nicht mehr als 3 Pfg. betragen wird, so ist das für eine Familie von 5 Köpfen bei einem jährlichen Zuckerkonsum von 13,17 Kilogramm pro Kopf (der vom statistischen Reichsamt ermittelte Durchschnittskonsum von Zucker in Deutschland in den letzten Jahren) $5 \times 13,17 \times 6 = 4,11$ Mk. Nun, eine Mehrausgabe von 4,11 Mk. pro Jahr ist für einen Arbeiter, der seine Familie von seiner Hände Arbeit ernähren muß, recht sehr fühlbar, zumal, wenn noch andere Mehrausgaben für Wohnung, Brot, Fleisch u. dergleichen. Aber bei einer Preissteigerung von 3 Pfg. pro Pfund wird es nicht bleiben. Zu der Erhöhung des Rohzuckerpreises auf den Normalpreis von 12,75 Mark kommt der Kartellzuschlag für die Raffineure und der allmähliche Zuschlag von 2 Mark zum festgesetzten Minimalpreise der Raffinade. Auch ist, wie die Anhänger des Kartells selbst zugeben, für die „Spanne“ ein im Verhältnis zu den wirklichen Kosten derselben erheblich höherer Betrag festgesetzt, indem dieselbe nur 3,50 Mk. bis 3,60 Mk. beträgt, aber mit 4 Mk. berechnet wird. Also die Preissteigerung von 3 Pfg. pro Pfund wird, wenn auch vielleicht nicht im Anfang, so doch in kurzer Zeit überschritten.

werden, und die Folge davon wird sein, daß viele Familien genötigt sein werden, ihren Konsum an Zucker einzuschränken, trotzdem ihnen erst kürzlich die Organe der Agrarier den vorzüglichen Nährwert des Zuckers nicht genug rühmen konnten, und unter dieser Einschränkung werden hauptsächlich die Kinder zu leiden haben. Aber die Agrarier können eben nie genug bekommen. Als der Export an Zucker in Folge von gesteigerter Produktion von Rohzucker in tropischen Ländern abnahm, schrien sie so lange, bis die Exportprämie von 18 Mk. auf 20 Mk. erhöht wurde. Als auch diese Erhöhung nicht den Ausfall an Prämie durch die verminderte Ausfuhr ersetzte, so erhoben sie durch Kartellierung der Fabriken die Preise im Inlande in einer Weise, daß selbst bei einer weiteren Abnahme des Exportes ihr Gewinn sich erhöhen muß. Während so die Zuckerbarone die vereinigte Macht benutzen, um sich sette Bezüge und Profite zu sichern, verüben sie es aber ihren Arbeitern, wenn diese sich organisieren wollen. Offenlich trägt aber auch dieser Vorgang dazu bei, daß unsere in der Zuckerfabrikation beschäftigten Kolleginnen und Kollegen sich auf ihre Pflicht besinnen und der Organisation beitreten.

Die Unfallnovellen

sind unter dem 30. Juni als Gesetze verkündet und treten am 1. Oktober in Kraft. Sie bestehen aus einer veränderten Fassung der bisherigen vier Unfallgesetze (für Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Bauleute, Seeleute), sowie einem sie alle umfassenden sogenannten „Mantelgesetz“. Die am meisten in die Augen fallenden Neuerungen betreffen Rentenerhöhungen. Der Rentensatz wurde bisher der Arbeitslohn zu Grunde gelegt, soweit er nicht 4 Mk. täglich überstieg; der darüber hinausgehende Betrag kommt mit ein Drittel zur Anrechnung. Jetzt ist statt dessen die Grenze bei 1500 Mk. jährlich gezogen. Für Jugendliche wird der ortsübliche Tagelohn Erwachsener angelegt. Die Vollrente beträgt nach wie vor zwei Drittel des Arbeitsverdienstes, ist aber bei völliger Hilflosigkeit auf drei Drittel zu erhöhen. Der Mindestbetrag des Sterbegeldes ist von 30 auf 50 Mk., die Rente für Halbwaisen von 15 Prozent der Vollrente auf 20 Prozent hinaufgesetzt. Wenn eine durch Unfall getötete Ehefrau überwiegend Ernährerin der Familie gewesen war, so haben ihre Hinterbliebenen ebenfalls Rentenanspruch. An Stelle kleiner Renten (bis zu 15 Prozent) kann Kapitalabfindung gewährt werden. Renten bis zum Jahresbetrage von 60 Mk. werden nicht mehr monatlich, sondern vierteljährlich erhoben. Eine Ausdehnung der Unfallversicherung hat stattgefunden durch die Einbeziehung der kleinen Brauerei-, Schloffer-, Schmiede-, Fensterputzer-, Fleischer- und Bagerbetriebe, sowie ferner die Holzfallungs- oder Personen- und Güterbeförderungsbetriebe, wenn sie mit einem Handelsgewerbe verbunden sind, dessen Inhaber eine eingetragene Firma hat. Die Versicherung umfaßt in Zukunft nicht nur die gewerblichen, sondern auch die häuslichen Dienste. Höhere Angestellte waren bisher von der Versicherung befreit, sobald ihr Gehalt 2000 Mk. überschritt; an dessen Stelle sind jetzt 3000 Mk. gesetzt. Für Unternehmer können die Berufsgenossenschaften Haftpflichtversicherungen errichten. Weiters die wichtigste Aenderung in der Organisation ist die Abschaffung der speziellen Schiedsgerichte jeder einzelnen Berufsgenossenschaft und ihre Ersetzung durch die allgemeinen Schiedsgerichte der Invalidenversicherung, die dadurch ein gemeinsames territoriales Organ für beide Versicherungsarten werden. In das Feststellungsverfahren wird die untere Verwaltungsbehörde insofern eingeschlossen, als durch ihre Vermittelung die Unterlagen der Festsetzung den Beteiligten vorgelegt werden müssen und ihr (im Interesse der Armenpflege) eine Mittheilung über die Bezüge von Amtswegen gemacht werden muß. Die Einsprüche in der Organisation von Unfallärzten liegen darin, daß das Schiedsgericht alljährlich die ärztlichen Sachverständigen im voraus bestimmt. Im Vorverfahren muß auf Antrag des Verletzten statt des beidseitigen Arztes der Berufsgenossenschaft noch ein anderer Arzt gutachtlich gehört werden. Die Kompetenz der Schiedsgerichte erfährt insofern eine Erweiterung, als nach Ablauf von 5 Jahren eine Rente nur noch durch Spruch des Schiedsgerichts geführt werden kann. — Ein Gesetz von demselben Tage führt die Unfallversicherung auch für Gefangene ein.

Arbeit und Gewinn.

In diesem Kapitel bringen wir heute noch eine kurze Nachlese. Sie läßt ebenfalls un schwer erkennen, wie ungeheuer reich die Ernte im letzten Jahre für das Unternehmertum gewesen ist. Die Verwaltung der Chemischen Fabriken vorm. Weiler ter Meer in Uerdingen schlägt vor, aus dem Ueberschuß von 657 413 Mk. (622 599 Mk.) 14 Prozent Dividende für 1899 zu verteilen. Der Bruttogewinn der A. N. Riebeck'schen Montanwerke, Akt.-Ges. zu Halle a. S., für das am 31. März abgelaufene Geschäftsjahr beträgt einschließlich des Gewinnfortrages von 77 090 Mk., 3 329 634 Mk. (gegen 2 863 137 Mk. bei 179 792 Mk. Vortrag im Vorjahre). Nach Abzug der Geschäftsausgaben und der Abschreibungen (letzte 856 207 Mk. gegen 731 803 Mk.) verbleibt als Reingewinn 1 904 230 Mk. Der Aufsichtsrath beschloß, eine Dividende von 14 Prozent gegen 12 Prozent im Vorjahre auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen. Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr wurden von der Verwaltung als günstige bezeichnet.

Das Ergebnis der Harzer Werke zu Hüttenland und Zorge ist nach Mittheilungen des Aufsichtsraths für das 3. Quartal des laufenden Geschäftsjahres ebenfalls gut. Der Betriebsgewinn stellt sich um ca. 75 Prozent höher als in demselben Zeitraum des Vorjahres. Sämtliche Betriebe sind für lange Zeit zu guten Preisen mit Aufträgen reichlich versehen.

Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken. Während des Rechnungsjahres 1899 wurde auf fast allen Gebieten der Fabrikation annähernd der gleiche und bei einigen Artikeln ein erhöhter Umsatz gegen das Vorjahr erzielt. Die Gesamtsumme des Umsatzes betrug 9 024 367 Mk., wovon etwa 34,5 Proz. auf Lieferungen an das Ausland entfielen. Der Abschluß gestattet eine 12proz. Dividende.

Die Deynhäuser Thonwarenfabrik bringt 5 Prozent, pro Aktie 50 Mk., zur Vertheilung. Der Aufsichtsrath der Chemischen Fabrik zu Heinrichshall schlägt für 1899 10 Prozent Dividende vor.

Der Aufsichtsrath der Chamotte- und Dinawerke in Eschweiler schlägt 8 1/2 Prozent Dividende vor.

Wie in Aussicht gestellt wird, soll die Dividende der Trachenberger Zuckersiederei für 1899 bis 1900 etwas mehr als 8 Prozent betragen.

Der Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft für Pappfabrikation schlägt für 1899—1900 6 1/2 Prozent Dividende vor.

Die Aktiengesellschaft für Treber- und Trocknung in Kassel bringt 25 Prozent zur Vertheilung.

Nach Urtheil der Verwaltung haben die Chemische Fabrik, die Farbenfabrik Binde und die Kiesbaggerei Mohr-Drakenburg günstig gearbeitet und bei guten Produktions- und Absatzverhältnissen etwas höhere Gewinne als im Vorjahre erzielt. Auch für das laufende Jahr eröffnen diese drei Abtheilungen, welche mit lohnenden Aufträgen reichlich versehen sind, günstige Aussichten. Der Bruttogewinn beläuft sich auf 601 165,68 Mk.; davon sollen nach größeren Abschreibungen 6 1/2 Prozent Dividende auf das 6 Millionen Mark betragende Aktienkapital vertheilt werden.

Von der seit einigen Jahren mit vorstehenden Werken fusionierten Chemischen Fabrik in Nienburg a. Weser sagt der Bericht:

Der Absatz der Chemischen Fabrik und Ziegelei war im abgelaufenen Jahre sehr reger, und die Produktion hat sich dementsprechend gestaltet. Besonders war die Nachfrage nach Schwefelsäure sehr lebhaft, so daß wir trotz der bedeutenden Vergrößerung unserer Anlage die größte Mühe hatten, den Anforderungen zu genügen. In Folge dessen hatten wir während des ganzen Jahres mit einem abnorm niedrigen Säurestand in den Bleikammern zu kämpfen und dadurch wurde die Fabrikation ungünstig beeinflusst. Dies sowohl wie die gestiegenen Preise für Kohlen und Materialien und umfassende mit der Zeit nöthig gewordene Reparaturen und Erneuerungen an Bleikammern und Röstöfen, deren veraltete Einrichtungen der Umänderung und Erweiterung bedurften, sind die Ursache, warum der erzielte Gewinn (1 887 24,44 Mk.) etwas hinter dem des Vorjahres (1 994 43,90 Mk.) zurückgeblieben ist. Für das laufende Jahr haben wir fast die ganze Produktion zu guten Preisen verschlossen, so daß wir trotz der wiederum gestiegenen Preise für Kohlen und Materialien ein günstiges Resultat zu erwarten berechtigt sind.

Die Borswöhrer Portland-Zementfabrik Plant u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, hat in den letzten 5 Jahren bei einem Grundkapital von 1 381 600 Mark folgende Dividenden bezahlt: 1895 11 Prozent, 1896 15 Prozent, 1897 18 Prozent, 1898 18 Prozent und 1899 18 Prozent. Die Geschäfte im laufenden Jahre sollen sich zur Zufriedenheit abwickeln; dann wird es für das Geschäftsjahr auch so 18 Prozentchen geben.

Die Abschlässe der Arbeiter am Jahreschluss lauten leider nicht so günstig, diese werden eine Unterbilanz aufweisen, die auf Kosten des Körpers und der Gesundheit ausgeglichen werden muß.

Soziale Rundschau.

— Der Arbeitsmarkt unter dem Einfluß der chinesischen Wirren. „Daß die Vorgänge in China den Arbeitsmarkt ungünstig für die Arbeiter gestalten, dafür häufen sich täglich Beweise an.“ So berichtet die Nummer 21 des „Arbeitsmarkt“. Die Unsicherheit der Lage in China hat schon zu einer erheblichen Beeinträchtigung des europäischen und speziell des deutschen Arbeitsmarktes geführt. Besonders lebhaft Klagen kommen aus Lancashire, wo mehrere Baumwollwebereien ersten Ranges ihren Betrieb sehr bedeutend haben einschränken müssen und es keineswegs ausgeschlossen erscheint, daß diesen Betriebseinschränkungen völlige Einstellungen folgen werden, wenn die ostasiatische Krise nicht schnellumgekehrt behoben wird. Auch andere Gewerkszweige in England werden von der Geschäftstodung betroffen. Viel weniger wird der französische Arbeitsmarkt durch die Wirren beunruhigt, da Frankreich in ungleich höherem Grade der Abnehmer als der Lieferant Chinas ist. Auch in Deutschland ist in erster Linie der Arbeitsmarkt im Textilgewerbe betroffen. In Hochost wirken die kriegerischen Verwicklungen in Ostasien und Südafrika

so nachtheilig auf den Geschäftsgang, daß mehrere Hundert Arbeiter einen Tag in der Woche feiern müssen. Die Leipziger Wollkammerei hat 200 Arbeiter entlassen. Eine große Teppichfabrik in Oelsnitz i. S., die hauptsächlich für die Ausfuhr arbeitete, hat ihre Erzeugung bedeutend eingeschränkt. Dann leidet besonders die Eisenindustrie. Zunächst verlaute, daß auf den Krupp'schen Werken starke Betriebsbeschränkungen vorgenommen worden seien. Jedenfalls steht so viel fest, daß im rheinisch-westfälischen Industriegebiete die chinesischen Wirren am stärksten ihre rückwirkende Kraft auf den Arbeitsmarkt üben. Auf den großen Werken bei Dortmund, Bochum, Essen, Mühlheim sind verschiedene Betriebe nur schwach beschäftigt. Die Kleinisenindustrie, die an der Ausfuhr nach China stark beteiligt ist, kann ihre fertigen Aufträge nicht absenden und muß die Vollenzung der übrigen Aufträge hinausschieben. In Folge dessen entstehen erhebliche Betriebsbeschränkungen. Namentlich gilt dies von den Werken der Kleinisenindustrie bei Iserlohn, Letmathe, Altena, Hagen, Remscheid und Solingen. Die Iserlohner Nadelindustrie ist derart in Mitleidenschaft gezogen, daß die meisten Fabriken den Betrieb einstellen. Das sind die Folgen der Weltpolitik für die Arbeiter.

Unternehmerverbände. Wie nachträglich bekannt wird, haben sämtliche westfälische Zementfabriken auf Anregung des Vorstandes der Wicking'schen Portlandzementwerke (A.-G.) in einer am 29. Juli in Dortmund stattgehabten Konferenz beschlossen, das Zustandekommen des Allgemeinen Deutschen Zement Syndikats auf Schwierigkeiten stützt, sich zu einem Westfälischen Zement Syndikat zu vereinigen. Die Werke haben sich bereit erklärt, einer zur Festsetzung der Beteiligung gewählten technischen Kommission Einsicht in Betrieb und Bücher zu gewähren, und sind verpflichtet, bis zum 1. September dieses Jahres von Vorverkäufen im Inland für 1901 und darüber hinaus abzusehen. An der Vereinigung sind neben den Werken Wicking (A.-G.), Westfalia (A.-G.), Rhénania (A.-G.), Zementwerk Elsa, A.-G. für Rhein-Westfälische Industrie, noch 15 größere Privat- und Gesellschafts-Firmen Westfalens beteiligt. Wann werden die auf den betreffenden Zementfabriken beschäftigten Kollegen sich ihrer Organisation anschließen?

Vom sozialen Kampfplage.

Der Streik der Ziegler in Rehm ist beendet. Eine Sonntag, den 29. Juli, Nachmittags tagende Versammlung beauftragte den Vorsitzenden des Gaus 7, Kollegen Junf, Verhandlungsversuche auf folgender Grundlage anzubahnen: Herstellung der alten Lohnverhältnisse, Anerkennung der Organisation, Abschließung eines Tarifs im nächsten Frühjahr, Unterlassung aller Maßregelungen. Wie aus einer Zuschrift zu entnehmen, ist die Organisation anerkannt worden. Die Zugehörigkeit zu dieser wird also den Anlaß zu Entlassungen nicht mehr bilden. Neben diesem moralischen Erfolg sind solche materieller Art nicht zu verzeichnen. Allerdings werden die Schäden, welche im Verlaufe dieses Kampfes die Unternehmer erlitten haben, dazu beitragen, daß die Auseinandersetzungen über Lohn und Arbeitsbedingungen etwas andere Formen annehmen, und geringfügige Forderungen nicht gleich mit Massenentlassungen beantwortet werden. Im Uebrigen lehrt der Ausgang aufs Neue, daß man bei Inszenierung von Kämpfen die Einwände und Ermahnungen des Vorstandes beachten soll.

Die in Charlottenburg auf dem Holzplage von F. Zimmermann und Sohn beschäftigten Plagarbeiter haben eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 37 Pfennig durchgesetzt. Diese Bezahlung erhalten auch neu anfangende Arbeiter. Ihr Streik dauerte 2 Tage. — Auch bei der Firma Schramm ist eine Erhöhung des Stundenlohnes um 2 1/2 Pfg. erreicht worden. Neu eingestellte Arbeiter erhalten 32 1/2 Pfg., während alle, die über acht Wochen bei der Firma thätig sind, 36 Pfg. erhalten.

Unternehmerloyalität. In Stettin sucht man den Scharfmachern in Hamburg, welche Tausende von Arbeitern aussperrten, durch Ueberwendung von Arbeitswilligen hilfreiche Hand zu bieten. Die Direktion des Vulkan hat unter ihren Arbeitern anfragen lassen, wer gewillt sei, auf der Hamburger Werft von Blohm u. Boff für einen doppelten Lohnsatz, freie Fahrt zu und von der Arbeitsstätte, Arbeit zu nehmen. Die verlockenden Bedingungen veranlaßten mehrere Arbeiter, ihre Bereitwilligkeit, nach Hamburg zu gehen, durch Eintragen ihres Namens in eine Liste zu bezeugen. Als sie den wahren Sachverhalt erfahren, ließen sie ihren Namen streichen. — Bravo den Arbeitern! Die Hamburger Mieter verlangen keinen doppelten Lohnsatz, wegen ihrer bescheidenen Forderung macht man Tausende von Arbeitern brotlos und sucht fremde Arbeiter heranzulassen, unter Versprechung einer weit höheren Bezahlung, als wie sie die ortsangehörigen, eingearbeiteten Arbeiter erhalten. Ein Beweis, daß man mehr bezahlen kann, als wie gefordert wird. Warum verweigert man also den Arbeitern die Erfüllung der bescheidenen Forderung? Nur aus prohenhaftem Uebermuthe!

Internationale Streikstatistik. Die Streikbewegung im Juni stand unter widersprechenden Einflüssen. Einerseits wirkte der beginnende geschäftliche Rückgang dämpfend, andererseits aber machten sich noch die Nachwirkungen früherer in den Zeiten des Aufschwunges begonnener Lohnbewegungen geltend. In Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Schweiz, Frankreich ist die Anzahl

der neu begonnenen Streiks gegen den Vormonat zurückgegangen: von 103, 29, 5 und 94 Streiks im Mai auf 53, 7, 4 und 70 im Juni. In England aber ist diese Zahl ungefähr gleichgeblieben und die Zahl der an den Streiks beteiligten Personen sehr erheblich (beinahe um die Hälfte) gestiegen: von 15 931 auf 22 978.

Katholische Geistliche in einer Lohnbewegung. Die „Augsburger Postzeitung“ schreibt: „Die zur Frühjahrskonferenz in Oggersheim versammelten Geistlichen des Delanats Speyer-Rudwigshafen bedauern aufs Lebhafteste die Hinausschiebung der Gehaltsfrage für den Pfarrklerus, ebenso die Nichtberücksichtigung einer Gehaltssteigerung für die Kaplanen, wie auch die ungenügende Dotation für die Emeriten.“ Da keiner der Herren Pfarrer auf Streikposten ziehen will, weil das gefährlich ist, soll es, wie wir hören, zu einem Streik nicht kommen.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Die in der Strafsache gegen die Freisprechung der Einzelmitglieder in Arnstadt eingelegte Revision ist nun von der Staatsanwaltschaft zurückgenommen worden.

Der Gau 7

hielt am 1. Juli seine erste Gaufonferenz in Berlin ab. Bertritten waren die Zahlstellen Berlin, Potsdam, Spandau, Charlottenburg, Rixdorf, Weiskensee, Wannsee, Rowawes, Zegel, Stettin und Rehm. Eingeladen waren alle Zahlstellen der Provinzen Brandenburg und Pommern. Vor Eintritt in die Verhandlungen entspann sich eine Diskussion, ob die Beschlüsse bindend sein sollen, weil wir kurz vor dem Verbandstage stehen. Punkt ist der Meinung, daß wir bindende Beschlüsse fassen können. Stettin will sich an der Abstimmung nicht beteiligen, weil der Gau 7 doch jedenfalls auf dem Verbandstage geteilt wird, und daher die Beschlüsse für den neuen Gau dann nicht bindend sein können. Beschlossen wird, daß die Beschlüsse, die die Konferenz faßt, bindend sein sollen. Zum 1. Punkt der Tagesordnung gibt der Vorsitzende Punkt den Bericht über seine Thätigkeit. Nach Rehm war er zweimal und viermal mußte Genosse Kiesel ihn vertreten. — Hierauf erstattet der Gauvorsitzende den Rapport über den 30. Juni 1899 bis 30. Juni 1900. Die Einnahmen betragen: vom Hauptvorstand 303,30 Mk., von Zahlstellen Berlin 29 Mk., Zellerammlungen 15,05 Mk., Summa 347,35 Mk. Die Ausgaben bilden folgende Posten: Agitation 217,25 Mk., Fahrgehalt, Porto und Spesen des Vorsitzenden 30,75 Mk., Unkosten der Vorstandsmitglieder 18,50 Mk., Druckfachen, Inserate zc. 34,45 Mk., Unkosten der Besprechung in Potsdam 8,40 Mk., Summa 309,95 Mk. Bestand 38 Mk. — Kollege Hartmann-Rixdorf rügt hierauf, daß der alte Vorsitzende, Schumann, nicht anwesend ist und über seine Thätigkeit Bericht erstattet. Der Delegierte von Stettin fährt an, daß die Zahlstelle Jahnfeld von Stettin aus gegründet ist. Nach kurzer Empfehlung durch Junf, daß ihn die Bevollmächtigten besser unterstützen möchten, wird dem Gauvorsitzenden einstimmig Entlastung erteilt. Es folgt nunmehr der Bericht der Delegierten. Reich gibt einen kurzen Bericht über die Gründung der Zahlstelle Neu-Weiskensee und wünscht, daß ihn der Gauvorsitzende mehr unterstützen möge. Nach der Mittagspause berichtet Bernau (Rehm) über die Zahlstelle Rehm. Die Zahlstelle ist noch jung, zählt aber 500 Mitglieder, von denen eine Anzahl sich jetzt im Streik befinden. Es kommen meist Zieglerarbeiter in Betracht; da sie noch nicht unterstützungsberechtigt sind, bittet der Delegierte um Unterstützung. Reich rügt, daß so schnell der Streik beschossen wurde, wogegen alle Delegierten den Streik billigen und auch Unterstützung zusprechen. Kollege Friede-Potsdam gibt einen kurzen Bericht über die Entwicklung der Zahlstelle Potsdam, wo meist nur Bauarbeiter in Frage kommen und zur Zeit der Tagung den Antrag, die Delegierten haben ihren Zahlstellen über die Angelegenheit Rehm zu berichten und den Antrag zu stellen, die Zahlstelle Rehm aus der Lokalkasse zu unterstützen. Kollege Dietrich-Zegel schildert die Agitation in Zegel, weil ihr keine Versammlungskolale zur Verfügung stehen und uns die organisierten Bauarbeiter entgegen arbeiten, und wünscht, daß ein Beschluß gefaßt wird, daß keine Bauarbeiter in unseren Verband aufgenommen werden sollen. Kollege Strehle-Spandau berichtet, daß die Zahlstelle Spandau am 5. März 1900 errichtet worden ist mit 50 Mitgliedern und zur Zeit 85 Mitglieder zählt. Es kommen meist auf Holzplätzen und chemischen Fabriken beschäftigte Arbeiter in Frage. Ueber Zahlstelle Charlottenburg berichtet Kollege Pohl-Charlottenburg, daß sie auf Veranlassung Berlins selbstständig geworden ist. Lohnkämpfe wurden auf zwei Holzplätzen geführt, wo dann auch eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pfg. pro Stunde und 1 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung erreicht wurde. Pohl spricht der Organisation das Verdienst zu. Schönhoff-Charlottenburg macht dem Gauvorsitzenden den Vorwurf, daß er die Mitglieder vom Lohnkampfe abgeschreckt habe. Kollege Junf vermahnt sich dagegen. Er habe deshalb abgesehen, weil die Meisten noch nicht unterstützungsberechtigt waren. Ueber Zahlstelle Stettin berichtet Kollege Bitow: Die Zahlstelle hat sich von dem Lokalverband abgezweigt, 150 Mitglieder traten zur Zentralisation über, die zur Zeit 290 Mitglieder zählt. Er wünscht, daß der Gau geteilt und Pommern ein Gau wird. Von der Zahlstelle Weelitz wird berichtet, daß die Mitgliederzahl immer geringer wird, weil die Leitung eine schlechte ist, sich nicht um die Agitation kümmert, aber desto mehr Vergünstigungen veranfaßt. Von allen Delegierten hörte man die Klage, daß die Kräfte und Mittel zur Agitation fehlen. Die nächste Gaufonferenz soll nach dem Verbandstage am 2. September in Potsdam abgehalten werden. Mit einem Hoch auf das Gedeihen der Arbeiterorganisation schloß Pohl um 6 1/2 Uhr die Konferenz.

Korrespondenzen.

Charlottenburg. Sonntag, den 22. Juli, tagte in der „Gambrius-Bräueri“ eine außerordentliche Versammlung, zu welcher Kollege August Drey-Gannover geladen und erschienen war. Den Anlaß zu dieser Versammlung hatte die Niederlegung der Arbeit auf dem Holzplage der Firma F. Zimmermann und Sohn gegeben. 60 Kollegen forderten dort die Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pfg. Sie hatten nach mehrmaliger Verhandlung, die sie selbst mit dem Chef der Firma gepflogen, die Arbeit eingestellt, ohne die statutarischen Bestimmungen einer genaueren Durchsicht und Beachtung zu würdigen. Zu der Arbeiterstellung sollte die Versammlung nun Stellung nehmen. Die ausständigen Kollegen rechtfertigten ihr Vorgehen und begründeten ihre Forderungen, die sie in Anbetracht der theuren Unterhaltungskosten, theuren Miete und der schweren Arbeit stellen mußten und auch hochgehalten wurden. Nach längerem Auseinanderlegen erhielt dann Kollege Drey das Wort, der ausführte, daß er die Berechtigung der Forderung absolut nicht bestreite. Die Berechtigung allein entscheide nicht über die Frage, ob ein Streik zu injizieren sei oder nicht. Leider läme es bei dem wirtsh-

chaftlichen Kampfe auf die Macht an, nicht auf das Recht. Es sei also für unsere Stellung entscheidend, ob die Forderung im vollen Umfange durchführbar sei oder nicht. Da seien eine Reihe von Erwägungen, aus denen man folgern müsse, daß bei längerem Kampfe die streikenden Kollegen durch Arbeitswillige ersetzt würden und sie an ihre Arbeitsplätze überhaupt nicht wieder kämen. Darum solle man die Frage prüfen: Wie können wir die Forderung der Forderung nach durchbringen, ohne daß die Kollegen streiken müssen und Lohnausfall haben? Der Redner schlug vor, daß der Fabrikabschluss gemeinsam mit der Lohnkommission noch einmal mit dem Herrn Zimmermann verhandelt solle, um die Differenz zwischen dem Geforderten und dem von Herrn Zimmermann bereits Zugestandenem nach Möglichkeit im Interesse der Kollegen auszugleichen. Der Kollege Pohl brachte eine an diesen Vorschlag sich anschließende Resolution ein und begründete sie. Nachdem noch Mitglieder der Gewerkschaftskommission zu den Differenzen sich geäußert hatten, kam die Resolution zur Abstimmung. An der Abstimmung beteiligten sich nur die auf dem Betriebe beschäftigten und die streikenden Arbeiter. Die Abstimmung geschah per Stimmentzettel in der Weise, daß die, welche für Fortsetzung des Streiks und Aufrechterhaltung der ganzen Forderung, mit Nein, die übrigen, welche den Vorschlag annahmen, aber mit Ja stimmten. Es wurden 11 Stimmen mit Nein, 74 mit Ja abgegeben. Der Vorschlag war somit angenommen. Wie an anderer Stelle ersichtlich, haben wir eine Erhöhung des Stundenlohnes erungen. Verhandlungen über Erhöhung des Stundenlohnes wurden auch bei der Firma Schramm angebahnt. Diese Firma bewilligte ihren Arbeitern nach einstündiger Verhandlung eine Lohnzulage von 2 1/2 Pfg., jedoch der Stundenlohn bei dieser Firma für Arbeiter über 8 Wochen in Beschäftigung stehen, 35 Pfg. beträgt. — Die Holzplagarbeiter haben also ihre Lage ganz bedeutend verbessert, ohne gezwungen gewesen zu sein, ihre Forderung mit dem Streik Nachdruck geben zu müssen und Lohnausfall, den ein Streik immer im Gefolge hat, zu erleiden. Wodurch haben sie diese Erfolge? Nur durch die Organisation. Früher sagte man auch den Holzarbeitern, wenn sie eine Verbesserung ihres Looses verlangten: „Dort ist der Thorweg.“ Heute verhandelt man mit ihnen, wie sich das gehört. Wir finden, die geringen Opfer, welche die Arbeiter der Organisation gebracht haben, sie haben sich mit Wucherzinsen bezahlt gemacht.

Friedberg i. Medl. Unsere Sonntag, den 29. Juli, tagende Versammlung nahm einen Vortrag des Kollegen Witte über Organisation entgegen. Redner führte den Kollegen besonders vor Augen, was in der kurzen Zeit des Bestehens der Zahlstelle für die Kollegen an Verbesserungen erreicht worden ist. Der Lohn hat eine bedeutende Aufbesserung erfahren, auch die Behandlung ist eine bessere geworden. Das Alles ist erzielt durch die Einigkeit unserer Verbandsgenossen. Beachtet man die fernstehenden Kollegen unserer Erfolge anerkennen. In dieser Versammlung gewannen wir auch einige Arbeiterinnen und haben wir die Hoffnung, daß wir den jetzigen günstigen Mitgliederbestand nicht nur erhalten, sondern vergrößern werden.

Gauting. Auch hier scheint die Saat, die mühsam gesät wurde, gute Früchte zu tragen. So tagte am 22. Juli d. J. hier im Restaurant „Wärmbad“ eine gut besuchte öffentliche Versammlung. Kollege Richter aus München entlegte sich als Referent in sehr gediegener und ausführlicher Rede über Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation seiner Aufgabe und wurde mit reichem Beifall belohnt. Am zweiten Punkt der Tagesordnung: „Diskussion hierüber“, beteiligten sich die Kollegen Eichmeier, Gerold und Bauer aus München und die Kollegen Hofmann, Egger, Schanz und Wagner aus Gauting, welche alle die Lage der Arbeiter besprachen und sich für eine kräftige Organisation aussprachen, zu regem Beitritt aufforderten und das Lesen der Arbeiterblätter und Abonnement der „Münchener Post“ empfahlen. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, und forderte sämtliche nach dem Verbands fernstehenden auf, der Organisation beizutreten und auch treu zu bleiben in guten wie in schlechten Zeiten.“ Es ließen sich acht Personen in den Verband aufnehmen.

Heilbronn. Die hier geplante Lohnbewegung, von der wir schon in voriger Nummer berichteten, hatte zu Verhandlungen geführt, die den Anschein erweckten, daß sie zur Zufriedenheit der Arbeiter ausfallen werden; besonders war es Herr Kommerzienrath Knorr, der bereitwillig mit dem Vorsitzenden der Vereinigten Gewerkschaften, Genossen Schäffler, unterhandelte und versprach, so viel es ihm als Aktionär möglich sei, ein Wort dafür einzulegen, daß die Angelegenheit zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt werde. Die Arbeiter verlangten eine zehnprozentige Lohnerhöhung und Herr Knorr meinte, er wolle sein Augenmerk hauptsächlich darauf richten, daß die am schlechtesten bezahlten Arbeiter eine entsprechende Aufbesserung erhalten. Am Sonnabend, 30. Juni, erhielten nun diejenigen Arbeiter, die über ein Jahr im Geschäft thätig sind, den doppelten Lohn ausbezahlt, während diejenigen, die weniger als ein Jahr im Geschäft sind, dem entsprechend befristet wurden. Ferner wurde den Arbeitern um 2 bis 17 Prozent aufgebessert, der Stundenlohn abgesetzt und Tagelohn eingeführt. Dieses Entgegenkommen der Firma wäre an und für sich ganz schön, wenn es in gerechtem Sinn durchgeführt worden wäre. Leider ist dies aber nicht der Fall. Diejenigen Arbeiter, die nach dem Gutdünken der Aufseher die Aufbesserung am besten verdienen, erhielten am meisten und so kam es, daß einige fast gar nicht in Betracht kamen, während wieder Andere durch die Umwandlung des Stundenlohns in Tagelohn jetzt 1 bis 3 Pfg. weniger pro Tag erhalten. Den Arbeiterinnen, die ganz gewiß ebenfalls eine Lohnaufbesserung brauchen könnten, wurde nur 2 bis 3 Prozent aufgebessert. Hätte die Firma bei sämtlichen Arbeitern eine 10prozentige Lohnaufbesserung (das wäre der Durchschnitt) betreiben lassen, so hätte sie jetzt zuwüchsende Leute, und der Betrag, den sie dazu ausgeworfen hat, wäre so ziemlich der gleiche gewesen. Daß die Arbeiter mit diesem einseitigen Vorgehen nicht zufrieden sind, dafür ist Beweis, daß die Arbeiter schon wieder eine Kommission beauftragt hatten, mit der Geschäftsleitung in dieser Beziehung Rücksprache zu nehmen. Dieselbe wurde aber abgewiesen und ihr schriftlich mitgeteilt, daß die Geschäftsleitung bezw. der Aufsichtsrath die Sache für erledigt betrachte. Die Arbeiter haben sich fest vorgenommen, nicht zu ruhen, bis die Lohnbewegung in gerechtem Sinne geregelt ist, nicht nach dem Gutdünken einzelner Aufseher.

Jahnfeld. Am 22. Juli tagte eine gut besuchte Mitglieder-versammlung. Etwa 60 Kollegen waren anwesend. Zunächst wurde die Abrechnung vom 2. Quartal vorgelegt. Die Einnahme betrug: für Streikfonds und Beitragsmarken 15 Pfg., 175 Mk 25 Pfg., in der Lokalkasse blieb ein Bestand von 77 Mk. 45 Pfg. Die Kasse wurde von den Revisoren für richtig befunden; nach diesem wurde dem zweiten Bevollmächtigten Entlastung erteilt. Zum 2. Punkt wurde das Vergütungskomitee gewählt. Darauf rügte es der erste Bevollmächtigte, daß so viele Mitglieder mit den Beiträgen in Rückstand gerathen sind. Ferner wurden die Arbeitsangelegenheiten der Kollegen besprochen, zum Beispiel wurde angeführt, daß einige Kollegen die Karren halt mit 50 Ziegeln zu beladen, sich 100 aufladen. Der erste Bevollmächtigte rügte diese Schättere. Von einigen Kollegen wurde angeführt, daß so viele Ueberstunden gemacht werden gerade von denjenigen, die am meisten dafür gestrebt haben, daß die 10 stündige Arbeitszeit eingeführt werden solle. Ob diese Kollegen wohl die Einsicht haben, daß diese Ueberstunden höchst schädlich sind? Unter „Berichtedes“

wurde von dem Kollegen A. Nievert vorgelegt, daß der erste Bevollmächtigte zu einer Strafe von 25 Mk. und zu 15 Mk. 20 Pf. Kosten verurteilt worden sei.

Kassel. Am 28. Juli tagte hier unsere Mitglieder-Versammlung. Kollege Graf erstattete Bericht von zwei Kartell-Sitzungen. Das Kartell hat beschlossen, den kleineren Gewerkschaften zum Ausbau ihrer Zahlstellen eine Unterstützung zu gewähren. Im weiteren Verlaufe der Versammlung wird von einer Lohnbewegung der Maurerarbeiter berichtet. Diese haben einen Stundenlohn von 45 Pf. gefordert. Auch einige von unseren Verbandsmitgliedern sind an dem zum Ausbruch gekommenen Ausstand beteiligt. Darauf wurde darüber gesprochen, ob wir den Stadtbauamt zu öffentlichen Versammlungen beanspruchen wollen. Da aber die Gelangung des Saales von der Bedingung abhängig ist, daß keine politischen Fragen in der Versammlung erörtert werden, auch die Kosten sich auf 25-30 Mark bei jeder Versammlung belaufen, erklärte das Kartell sich dahin, den Saal nicht zu beanspruchen. Aus dem Kartellbericht geht weiter hervor, daß das Gewerkschaftskartell mit einer Unterbilanz von 100 Mark abgeschlossen hat. Die Abrechnung vom 2. Quartal wurde vorgelesen, von der Versammlung zu einer anderen Aufstellung zurückgewiesen.

Magdeburg. Unsere regelmäßige Mitglieder-Versammlung tagte am 21. Juli in unserm Verbandslokale. Den ersten Punkt der Beratung bildete die Stellungnahme zum Arbeitsnachweis des Gewerkschaftskartells. Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Kollege Gries-Senuburg stellte den Antrag, daß zur Dedung der Kosten dieses Arbeitsnachweises jedes Mitglied 5 Pf. pro Monat zu zahlen habe. Dieser Antrag wurde abgelehnt und beschlossen, pro Mitglied und Monat 5 Pf. aus der Lokalkasse dem Kartell zu überweisen. Der vorgelegte Kasfenbericht fand die Zustimmung der Versammlung. Kollege Sommerfeld wurde als Hilfskassierer gewählt. Einige Anträge zum Verbandstag wurden noch besprochen und dem Delegierten Weisung gegeben, wie er sich zu den Anträgen verhalten möge.

Gr.-Dittersleben. Im Strumpfischen Lokale tagte am Sonntag, den 23. Juli, eine stark besuchte Mitglieder-Versammlung. Zunächst wurde die Stichwahl zum Verbandstage vorgenommen und für den Kollegen Goede 56 Stimmen abgegeben. Dann kamen die Uebelstände zur Sprache, denen die Arbeiter der Herren Köhne u. Wödelmann namentlich zur Entgegnung ausgesetzt sind. Wenn die genannten Herren einen Massentransport irischer Kartoffeln zur Bahn liefern, müssen die Arbeiter, welche bei den Fahrwerken beschäftigt sind, um 7 oder 8 Uhr anspannen und bis zum anderen Tag 10 Uhr in Tätigkeit sein. Wie gesagt wird, soll für diese Arbeit den Arbeitern weder Vergütung noch Ertragszuschlag gewährt werden, trotzdem solches bei Nachtarbeiten wohl üblich ist. Nur der Agent, welcher die Kartoffeln empfängt, zahlt 25 Pf. pro Mann, und zwar nicht etwa als Trinkgeld, sondern als Lohn dafür, daß jeder Arbeiter so 50 Zentner abträgt und dadurch die Anstellung von eigenen Arbeitern spart. Die Arbeiter behaupten nun, die Hofmeister ver schulden das Nichtbezahlen der Nachtarbeit, diese erhielten selbst solche Trinkgelder, daß sie damit reichlich entschädigt seien. Bei der Heuernte soll sich ganz dasselbe wiederholen. Bei der Kornente dauert die Arbeit von Morgens 3 Uhr bis Abends 9 oder 10 Uhr. Selten, daß sich einer herunterläßt, für die Stunde nach 7 Uhr einmal 10 Pf. zu bezahlen. Neben der langen Arbeitszeit ist noch das Gewicht der Garben, welche an die Kräfte der Arbeiter riesigen Anforderungen stellen. Die Garben haben hier ein Gewicht, wie bei anderen Gutsbesitzern wohl zwei. Die Arbeiter behaupten, dieses habe seinen Grund in der Affordarbeit. Die Arbeiter erhalten für 16 Mandel Garben 20 Pf., hätten also bei normalem Umfang der Garben anstatt für 16 für 32 Garben Bezahlung zu fordern, und zwar zweimal 20, also 40 Pf. Die Arbeiter fragen sich, warum können uns die Hofmeister bei Köhne u. Wödelmann nicht ebenso anständig behandeln, wie wir von manchem Gutsbesitzer behandelt werden. Die Arbeiter sind einstimmig der Ansicht, daß der größte Teil der Schuld für die üble Behandlung den Hofmeistern zuzurechnen sei. Dagegen hoffen sie, daß die Herren Köhne u. Wödelmann manchen Missethänden abhelfen werden, sobald solche nur zu ihrer Kenntnis gelangen. Nachdem noch die Mahnung laut geworden, dafür zu sorgen, daß die nächsten Versammlungen ebenso besucht würden, trat Schluß der Versammlung ein.

Ottensen. Unsere Mitglieder-Versammlung tagte am 19. Juli im Lokale des Herrn Kubitz, Ottensen, Gr. Mainstraße. Der zweite Bevollmächtigte Kollege L. verlas die Abrechnung vom 2. Quartal, welche eine Einnahme von 181,45 Pf. ergab. Die Lokalabrechnung ergab eine Einnahme von 191,65 Pf. und eine Ausgabe von 160,38 Pf. Die Abrechnung von dem mit der Zahlstelle Altona abgehaltenen Stiftungsfest ergab eine Einnahme von 115,13 Pf. und eine Ausgabe von 110,63 Pf. An Marknoten wurden für 14,25 Pf. verkauft. Den Kassieren wurde Entlastung erteilt. Kollege E. Schilbert dann die Lage der ausgesperrten Verarbeiter und rügt das Verhalten der Betriebsleiter. Redner empfiehlt den Mitgliedern die Unterstützung der Aussperrten. Ein Antrag, die Mitglieder-Versammlungen an einem Tage, welchem der Vorstand am zweckmäßigsten erscheint, anzusetzen und diese durch Kaufzettel besamt zu machen, wurde angenommen. Kollege L. stellt den Antrag, die Marknoten wegfallen zu lassen und dafür alle 14 Tage eine 10 Pf.-Marke zu geben, aus deren Betrag die Untertanen des Notendruckes und des Sekretariats befristet werden sollen. Ueber den Antrag wird in nächster Versammlung entschieden. Kollege S. wünscht eine weitere Ausfüllung der Statistik. Auch hierüber wird die nächste Versammlung endgültig beschließen.

Paffendorf. Sonnabend, den 21. Juni, erstattete der zweite Bevollmächtigte in unserer Mitglieder-Versammlung den Kasfenbericht. Der Kassierer, Kollege Zimmermann, erklärt, daß Alles in Ordnung vorhanden sei. Die Kollegen August Wöber aus Angersdorf und Friedrich Wöber aus Paffendorf kamen als Revisoren in Betracht. Dann wurde eine aus zwei Kollegen bestehende Lohnkommission gebildet. Die Beratung über die Bekämpfung eines Bergarbeiters führte zu keinem Resultat. Eine große Anzahl von Versammlungsschwänzern erschwerte auch bei uns das Wahrgang der Organisation.

Hildesheim. Am Dienstag, den 21. Juli, tagte unsere Versammlung. Der Kasfenbericht erweist folgende Zahlen: Einnahme 49,65 Pf., Ausgabe (Lokale) 21,30 Pf., an die Verbandskasse gefandt 28,35 Pf. Eingekassiert sind 2 Mitglieder, ausgetreten 2 Mitglieder. Am Schluß des Quartals hatten wir also 39 männliche und 1 weibliches Mitglied. Streikfonds wurden 20 Pf. entzogen. Die Revisoren bekräftigten die Richtigkeit der Abrechnung und stellen den Antrag auf Entlastung, die einstimmig erteilt wurde. Nachdem gab Kollege Sennewitz den Bericht der Gaudonferenz, mit welchem sich die Kollegen einverstanden erklärten. Sodann wurde zur Wahl des Delegierten zur ersten Gaudonferenz, welche in Potsdam stattfinden soll, geschritten. Es wurde Kollege Sennewitz gewählt und als dessen Stellvertreter Kollege Wöber. Unter Berücksichtigung der sprachlichen Schwierigkeiten gegen die besetzte Anstellung des 1. Gaudonferenzdelegierten und gegen eine Vertagung der Zahlstellen Berlin-Regel-Braunfels-Spandau nach Hildesheim.

Wolfsburg. Am 25. Juli tagte unsere Mitglieder-Versammlung bei u. Eigen. Dem Kartellbericht erstattete Kollege Wöber. Die vom 2. Bevollmächtigten vorgelesene Quartalsabrechnung ergab für die Lokalkasse eine Einnahme von 1169,50 Pf. und eine Ausgabe von 977,50 Pf. Der Ueberschuß von der Lokalkasse beträgt 112,50 Pf. Die Lokalkasse weist einen

Kassenbestand von 902,32 Pf. auf. Dem zweiten Bevollmächtigten wurde Entlastung erteilt. Als Hilfskassierer wurden Wöber und Widmann gewählt. Ein Unterstützungsgesuch des Kollegen Paul wurde der Kommission überwiesen. Das Unterstützungsgesuch der Witwe Thurow wurde auf Antrag der Kommission abgelehnt.

Schönningen. Sonnabend, den 8. Juli, tagte eine stark besuchte Mitglieder-Versammlung. Kollege Piesch erstattete den Kartellbericht, der eine lebhafte Debatte veranlaßte. In Folge eines Doppelets hatte der Vertreter des größten Saales die Vergabe seines Lokals zu größeren Versammlungen zugesagt, sein Wort aber nicht gehalten. In der nächsten Kartell-Sitzung sollen die Vertreter zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Der Kollege Piesch ist entlassen. Die Entlassung kennzeichnet sich als Maßregelung. Folgender Antrag wurde angenommen: „Die heutige Versammlung erklart in der Entlassung des Kollegen Piesch eine Maßregelung und ersucht den Hauptvorstand, den Kollegen Piesch zu unterstützen und ihn vorläufig hier zu lassen, damit er jetzt eine noch bessere Tätigkeit für unseren Verband entfalten kann und die Arbeitgeber einsehen, daß sie durch solche Entlassungen nichts bezwecken, sondern wir nur desto eifriger für unsere Sache eintreten werden.“ Nachdem Kollege Piesch noch ermuntert, in der nächsten Versammlung wieder recht zahlreich zu erscheinen, weil er einen ausführlichen Bericht über den Verbandstag geben werde, wurde die Versammlung geschlossen.

Waltershausen. In was für Verhältnissen bei uns noch gearbeitet wird, zeigte sich in der Versammlung vom 22. Juli. Verschiedene Kollegen, ja sogar alle Versammlungsteilnehmer beklagten die verschiedenen Anträge betreffs Erhöhung der Beiträge. Warum? Bei einem Durchschnittslohn von 12 Mk. ist es fast nicht möglich, seine engere Bedürfnisse zu erfüllen, wie schwer wird es, hohe Beiträge zu leisten. Ein Kollege erklärte: Er sei nun bereits 10 Jahre in der Fabrik, aber erst seit drei Wochen werde ihm der Lohn von 12 Mk. zu Theil. Es werde daher die Kollegen nicht wundern, daß er oft noch Nachts mit Frau und Kindern bis 2 Uhr arbeiten muß, um nur einigemmaßen zu fristen. In gleicher Weise hörte man noch manchen Kollegen klagen. Von Schule an, die Fabrik besucht, in derselben ein Alter von 50 Jahren erreicht, aber der Lohn zählt erst 11 Mk. 50 Pf. Es sei bemerkt, daß hier fast jeder Arbeiter seine Kartoffeln selbst zieht, sonst wäre das Geld noch größer. Die Arbeiter auf dem Felde werden des Sonntags gemacht oder von früh 4-6 Uhr. Es läßt sich daher erklären, daß ein solch abgeraderter Körper nicht mehr des Abends in Versammlungen die Müdigkeit bewältigen kann, da doch die Natur ihre Rechte geltend macht. Aus diesem Grunde ist auch der schwache Versammlungsbesuch, ja sogar die Nichtbetheiligung an der Organisation zu verzeihen. Die traurigen Verhältnisse machen die Menschen zu gleichgültigen Charakteren. Die Wenigen, welche selbst den jetzigen Beitrag nicht erschwingen können, entmuthigt man. Es ist keine leichte Aufgabe, einen solchen Menschen aufzurütteln, der schon jahrelang in dumpfem Hinbrüten versunken ist. Nun kommt noch die Erhöhung der Beiträge. Die Organisirten der größeren Städte haben sich schon manche Vortheile erkämpft und können an ein Mehr von 5 Pf. die Woche denken. Aber wir, die wir erst anfangen, die Leute zu gewinnen, können nicht mit hohen Beiträgen vorgehen. Wer die Lage nicht kennt, oder nicht kennen will, soll sie einmal erst durchkosten, dann wird er zu einer anderen Denkungsweise kommen. (Wir finden aber, daß es sehr gut ist, daß die Kollegen der größeren Städte anders denken als in Waltershausen, sonst würde an einen Fortschritt nicht zu denken sein. Die Zustände wären auch heute in Waltershausen anders, sie mühten anders sein, wenn die Kollegen nicht die Organisation so sehr vernachlässigt hätten. Die Kollegen sehen doch an den Beispielen der Kollegen in anderen Städten, daß eine Aufbesserung der Löhne und Besserung der langen Arbeitszeit möglich ist; natürlich, die Kollegen müssen wollen! D. R.)

Wolfsort. Am 17. Juli tagte unsere Versammlung. Vom Kollegen Siegmund wurde der Kartellbericht gegeben. Nach Erörterung einiger Fragen wurde sodann beschlossen, dem Kartell durch die Delegierten nochmals die Anschaffung einer Gemeindefahne zu empfehlen. Hieraus wurde dem verunglückten Kollegen Baumann eine einmalige Unterstützung von 10 Mark bewilligt. Sodann wurde vom 1. Bevollmächtigten auf die Vermehrung der Zahlstellen in Pommerhagen hingewiesen. Nur in Wolfsort sind die Arbeiter so gut gestellt, daß sie die Organisation nicht mehr gebrauchen. Es wurden hierauf von mehreren Kollegen die Zustände auf der Zementfabrik und der Stickerfabrik besprochen. Speziell auf der Letzteren gestanden sich die Lohnverhältnisse immer schlechter, und die Kollegen wollen versuchen, hierin Wandel zu schaffen.

Börzig. Wegen des lauen Verhaltens sehr vieler unserer Einzelmitglieder ist bislang die Gründung einer Zahlstelle noch nicht möglich gewesen. Leider denken unsere organisirten Kollegen, nach Bezahlung ihrer Beiträge irgend welche andere Aufgaben nicht mehr erfüllen zu müssen. Mächtige es sich Jeder zur Aufgabe, auch nur einige seiner Kollegen und Mitarbeiter für den Verband zu interessieren, so wäre die Zahl der Organisirten bedeutend höher. Da wir Versammlungen nicht abhalten, so müssen unsere Kollegen durch mündliche Agitation die Vermehrung der Verbandsmitglieder betreiben.

Züllchow. Am Freitag, den 20. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Lütke in Züllchow unsere Mitglieder-Versammlung. Genosse Hermann Haber-Stettin referirte über das Thema: „Leben wir, um zu arbeiten, oder arbeiten wir, um zu leben?“ Am Schluß seiner trefflichen Ausführungen wurde dem Referenten großer Beifall zu Theil. Dann wurde der Kasfenbericht vom 2. Quartal durch den 2. Bevollmächtigten, Kollegen Züllchow, vorgelesen. Dem Bevollmächtigten wurde, nachdem die Revisoren die Richtigkeit der Abrechnung bekräftigt hatten, Entlastung erteilt. Um den Mitgliedern genügende Gelegenheit zu geben, ihre Beiträge pünktlich zu entrichten, sind die Hilfskassierer in den einzelnen Werkstätten zu wählen, und wurde als solcher noch der Kollege Ernst Lenz gewählt. Eine recht lebhafte Debatte entspann sich über die Aussperrung der Verarbeiter in Hamburg. Es wurde mitgetheilt, daß nach einer Anfrage der Hamburger Gesellschaft beim „Ballan“ wegen Ueberweisung von Arbeitern sich einige gemeldet hatten zur Hinzureise, jedoch nach der nöthigen Anweisung ihr gegebenes Wort zurückgenommen haben. Genosse Haber theilte mit: Da Niemand auf den Reim, nach Hamburg zu reisen, einging, so sollen zwei Schiffe nach Stettin überführt werden und bereits unterwegs sein, um hier fertiggestellt zu werden. Sämmtliche Redner erklärten, daß es die größte Ungerechtigkeit sei, einfach Tausende von Arbeitern auf die Straße zu werfen, weil bei einem Unternehmer 500 Meter streifen. Es wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, so viel wie möglich dafür zu sorgen, daß kein hiesiger Arbeiter sich verleiten läßt, nach Hamburg zu reisen, und wenn hier die beiden Schiffe ankommen sollten, unter keinen Umständen die Arbeit auf denselben zu machen. Dann wurde noch über einige in letzter Zeit vorgekommene Unfälle gesprochen und der Ausspruch eines Betriebsleiters auf dem Felde: die Unfälle passieren meistens nur durch die Faulheit der Arbeiter, besonders scharf kritisiert. Kollege Wöber forderte die Anwesenden auf, so viel in ihren Kräften steht, für den Verband zu agitieren und den Bevollmächtigten häufig zu unterstützen; denn es ist unmöglich, daß die paar Kollegen einen derartig großen Beitrag leisten wie den hiesigen allein mit Erfolg bearbeiten können. Jedes Mitglied muß es sich zur Pflicht machen, nicht eher zu ruhen, als bis mindestens so viel Tausende, wie jetzt Hunderte von Mitgliedern unserer Zahlstelle

angehören. Abends erfolgte Schluß der sehr gut besuchten Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Organisation.

Sterbetafel.

Nr. 72 681. Herrm. Dumbel, geboren am 22. Mai 1864, eingetretten am 25. November 1896, gestorben am 30. Juni 1900 in Gelnhausen.
Nr. 3286. Heinrich Grage, geboren am 24. April 1842, eingetretten am 1. Oktober in Gelnhausen, gestorben daselbst Ende Juli 1900.
Heinrich Griebel, geboren am 10. September 1833, eingetretten am 19. November 1895, gestorben am 30. Juli 1900 in Dessau.

Quittung.

Seit dem 25. Juli gingen folgende Beträge ein:

Eisenberg	18,80.	Podejuch	142,20.	Holzwinden	45,65.
Waldorf	17,60.	Sachsenwäldchen	6,40.	Rauenburg	133,55.
Wersberg	95,05.	Waldorf	557,75.	Leipzig P.	477,35.
33rbig	22,65.	Nietleben	95,25.	Egershausen	120,15.
Waldstadt	260,65.	Lägerdorf	326,90.	Büdel	1117,91.
Hagen	10,90.	Winnberg	90,15.	Rothenburgsort	739,40.
Gülden	159,80.	Neumünster	45,21.	Stadtilm	41,66.
Frankfurt a. M.	300,67.	Braunschweig	1195,06.	Wolfsort	130,25.
Flensburg	330,—.	Speyer	99,05.	Niederndobeleben	103,65.
Bernburg	332,74.	Göppingen	26,21.	„	125,35.
Wolfen	15,65.	Hufum	12,72.	Belten	15,15.
Stodelsdorf	95,50.	Braunschweig	3,62.	Ullersburg	243,85.
Spandau	153,60.	Galle-Norb	165,46.	Hetersen	43,45.
Leitlin	64,35.	Gildesheim	45,78.	Mundenheim	40,—.
Gotha	51,67.	Salze	408,05.	Bielefeld	6,10.
Ritzdorf	32,85.	Göthen	97,88.	Hamburg	103,81.
Uhlenhorst	139,60.	Rüneburg	91,96.	Sameln	54,37.
Rehnia	151,80.	Eimsbüttel	150,65.	Peine	20,—.
Dierstedt	139,22.	Ullenslan	10,35.	Koffheim	46,10.
Gr.-Dittersleben	120,—.	Lauenburg	120.	Wiesed	47,15.
Warel	30,25.	Berbst	160,45.	Münden	26,15.

Für Streikfonds: Hagen 8,90. Rothenburgsort 78,90. Göthen 4,75.
Für Inserate: Rothenburgsort 3,90. Göthen 2,40. Leipzig-Pf. 9,15.
Berichtigung. In Nr. 15 des „Proletarier“ muß es heißen: Büdel 37,15, nicht Stodelsdorf. Darmbed 84,80, nicht Ohlsdorf 82,70. Ottemen 135,70, nicht Altona.
Schluß: Donnerstag, den 2. August, 12 Uhr.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bad Mülling, Gau 10. Gabriel Bröningner.
Darmbed. F. Berger, Adolphstraße 30 K.
Schwab. H. Wilhelm Heine, Restaurant „Zur Saline“.
Spandau. Wilhelm Neubauer, Salzhof.
Untertürkheim. Wendelin Auber, Cannstadt, Goldensstraße 60, 1. Et.
Uhlenhausen. Louis Quardt, Entengasse 15.
Für den 37. Wahlkreis ist Kollege Gode, Gr.-Dittersleben, als Delegirter gewählt.

Inserate.

Todes-Anzeige.

In Folge eines Unglücksfalles verstarb unser Kollege
Otto Herbe
im 22. Lebensjahre.
Ehre seinem Andenken!
1,80 Mk.] **Zahlstelle Lüneburg.**

Zahlstelle Züllchow.

Am Sonnabend, den 18. August, Abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Lokale des Herrn Lütke, Züllchow, Schützenhaus. Wegen der wichtigen Tagesordnung müssen alle Mitglieder erscheinen.
1,05 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Unseren treuen Kollegen
J. John und Stephan Fiedler
zu ihrem am 5. August stattfindenden Wiegenfeste ein
daueres Hoch. [1,20 Mk.]
**Einige Verbandsmitglieder
der Zahlstelle Fürstberg i. M.**

Zahlstellen Hamburgs.

Sonnabend, den 1. September 1900, in den Lokalitäten des Herrn Schwaß, Neuhäbenerstr. (beide Eile):
**Gemeinschaftliche Feier
des 10jährigen Stiftungs-Festes**
verbunden mit Ball, Herren- und Damen-Belustigungen, theatralischen und komischen Vorträgen.
U. A.: D., welche Lust, Soldat zu sein! Lebensbild mit Gesang in drei Akten und einem Schlusstableau „Wölferfrieden“ von Paul Gent. Auftreten des Selbstvolks-Orchesters, sowie Mitwirkung der Bundes-Liedertafel „Morgenroth“, Hamburg, und „Viederkehr Einigkeit von 1891“, Wandsbek.
Preis der Karte 30 Pf. für Herrn und Dame.
Anfang Abends 8 Uhr. [2,55 Mk.] **Der Fest-Ausschuß.**

Zahlstelle Rowawes.

Am Sonnabend, den 18. August, findet im Lokale des Herrn Bernhardt, Priesterstraße, unser
3. Stiftungsfest
bestehend in Garten-Konzert und Ball, statt. Anfang 7 Uhr Abends.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
1,65 Mk.] **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Uhlenhorst.

Sonntag, den 12. August, im Lokale des Herrn Kasseier, Winterhuder Bindepart, Darmbederstraße 4:
Grosses Sommerfest,
bestehend in Preisfeiern für Herren und Preisfeiern für Damen, sowie Kinderbelustigungen, unter geselliger Mitwirkung des Uhlenhorster Männergesangsvereins. Abend große Laternen-Polonaise. Preis der Karte 30 Pf., Dame frei. Anfang 4 Uhr.
Um zahlreichen Besuch bittet
2,05 Mk.] **Das Festkomitee.**